

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Maßnahmen gegen Antisemitismus – Wie schützt der Bremer Senat jüdisches Leben?

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sind international wie auch in Deutschland antisemitische Ressentiments und Straftaten zunehmend sichtbar geworden. Diese Aggressionen gegen Israel und Menschen jüdischen Glaubens, insbesondere über soziale Medien und auf öffentlichen Versammlungen, führen zu einer zunehmenden Unsicherheit innerhalb der jüdischen Gemeinden und zu vermehrten antisemitischen Straftaten. In verschiedenen Milieus hat sich dabei eine feindliche Einstellung gegenüber Menschen jüdischen Glaubens und gegenüber dem Staat Israel verstetigt. Besonders betroffen sind Ballungsräume, in denen sich Aggressionen gegen die jüdische Gemeinschaft in Form von Demonstrationen und Hasspropaganda bemerkbar machen.

Am Jahrestag des Angriffs der Terrororganisation Hamas gab es auch im Land Bremen eine verbale Auseinandersetzung zwischen Teilnehmern einer pro-palästinensischen und einer pro-israelischen Demonstration. Die Genehmigung beider Demonstrationen in unmittelbarer Nähe zueinander wurde später stark kritisiert. Zudem geriet Bremens Innensenator Ulrich Mäurer in die Kritik, nachdem er Ende Oktober 2024 an einer Veranstaltung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft teilnahm, bei der auch israelkritische und mutmaßlich antisemitische Positionen vertreten wurden.

Die jüngsten Ausschreitungen gegen die jüdische Gemeinde in Amsterdam unmittelbar im Nachgang zu einem Fußballspiel zwischen Ajax Amsterdam und Maccabi Tel Aviv am 07. November 2024, wo es zu extremer Gewalt gegen israelische Fans gekommen ist, zeigen nochmals deutlich die Dynamik dieser Entwicklungen und belegen, dass die Bedrohungslage für jüdische Bürger weit über alle nationalen Grenzen hinauswächst.

Es ist in Bremen angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklungen dringend geboten, eine Bestandsaufnahme der antisemitischen Straftaten und der zur Prävention sowie Sanktionierung ergriffenen Maßnahmen durchzuführen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele antisemitische Straftaten wurden im Jahr 2023 und 2024 im Land Bremen registriert (bitte für beide Stadtgemeinden getrennt ausweisen)?
 - a) Welche Art von Straftaten (z. B. Hassrede, Körperverletzung, Sachbeschädigung usw.) wurden im Rahmen dieser Delikte jeweils erfasst?
 - b) Inwieweit wird jede antisemitische Straftat als politisch motiviert eingestuft?
2. Wie viele der Tatverdächtigen waren Nicht-deutscher-Herkunft und welche Nationalitäten wurden dabei unter den Tatverdächtigen identifiziert?

- a) Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zu den Tätergruppen und/oder deren soziokulturellem Hintergrund vor?
 - b) Inwieweit wird dabei zwischen ausländischer Ideologie und religiöser Ideologie differenziert?
 - c) Inwieweit hat der Senat Hinweise darauf, dass antisemitische Straftaten mit verstärkter Zuwanderung in Verbindung stehen?
3. Welche Maßnahmen werden im Land Bremen ergriffen, um antisemitische Einstellungen unter Migranten zu verhindern?
4. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden um Jahr 2023 und 2024 im Kontext antisemitischer Straftaten eingeleitet, und wie viele Anklagen oder rechtskräftige Verurteilungen liegen vor?
 - a) Wie viele dieser Verfahren wurden eingestellt?
 - b) Wie verhält sich die Fallzahl im Vergleich zu den Vorjahren und sollte es einen Anstieg geben, worauf führt der Senat diesen zurück?
5. Welche Maßnahmen hat der Bremer Senat bislang getroffen, um antisemitische Inhalte in den sozialen Medien zu bekämpfen?
 - a) Inwieweit arbeitet das Land Bremen mit dem Bundeskriminalamt und den Betreibern sozialer Medien zusammen, um die Verbreitung solcher Inhalte einzudämmen?
 - b) Welchen Erfolg konnte der Bremer Senat sich in diesem Zusammenhang verzeichnen?
6. Inwieweit sind dem Senat antisemitische Vorfälle oder israelfeindliche Aktivitäten an Bremer Universitäten und anderen Bremer Bildungseinrichtungen in den letzten beiden Jahren bekannt geworden? Falls ja, wie wird diesen begegnet und welche Präventionsstrategien kommen an den Bildungseinrichtungen zum Einsatz?
7. Wie viele angemeldete und unangemeldete Demonstrationen gab es im Jahr 2023 und 2024 im Land Bremen, die im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel stehen?
 - a) Wie viele Ordnungswidrigkeiten und Straftaten wurden im Rahmen dieser Demonstrationen festgestellt?
 - b) Welche Auflagen gab es bei welchen dieser Demonstrationen ggf.?
 - c) Inwieweit kam es zu Auflösungen von Demonstrationen in diesem Zusammenhang?
8. Aus welchen Gründen hat der Bremer Senator für Inneres und Sport Ende Oktober an einer Veranstaltung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft teilgenommen?
 - a) Inwieweit war dem Innensenator im Vorfeld bekannt, dass auf der Veranstaltung israelkritische bzw. antisemitische Inhalte präsentiert werden würden?
 - b) Inwieweit wurden die Inhalte und Redebeiträge der Veranstaltung vorab geprüft, insbesondere im Hinblick auf mögliche antisemitische oder israelfeindliche Aussagen?
 - c) Welche Abwägungen hat der Innensenator getroffen, bevor er an der Veranstaltung teilnahm, insbesondere im Hinblick auf seine Rolle als Verantwortlicher für die innere Sicherheit?
 - d) Gibt es Erkenntnisse darüber, ob auf der Veranstaltung antisemitische oder israelfeindliche Aussagen getroffen wurden? Falls ja, welche Maßnahmen wurden hiergegen ergriffen?
 - e) Inwieweit sieht der Senat in der Teilnahme des Innensenators eine mögliche Signalwirkung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft und der Öffentlichkeit?
 - f) Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat aus der öffentlichen Kritik an der Teilnahme des Innensenators an besagter Veranstaltung?

- g) Inwieweit sieht der Senat Handlungsbedarf, um sicherzustellen, dass öffentliche Vertreter Bremens künftig nur an Veranstaltungen teilnehmen, die keine antisemitischen oder israelfeindlichen Inhalte fördern?
9. Wie steht der Bremer Senat zu der Forderung Personen ohne Bleiberecht, die jüdische Menschen aktiv bedrohen, gefährden oder gar verletzen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit, sofort in Abschiebehaft zu nehmen und sodann in ihre Heimatländer zurückzuführen?

Beschlussempfehlung:

Frank Imhoff und Fraktion der CDU